

September 17, 1991

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with U.S.
President Bush on Monday, 16 September 1991, at
the White House**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with U.S. President Bush on Monday, 16 September 1991, at the White House", September 17, 1991, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59746, 102-111. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger. <https://digitalarchive.umd.edu/document/300142>

Summary:

Kohl and Bush analyze European security and the potential creation of a European pillar in NATO as well as France's rapprochement vis-a-vis NATO via the WEU. Kohl provides an assessment of Mitterrand's personality and his diplomacy toward Germany.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Transcript - German
Translation - English

96

AL 2

Bonn, 17. September 1991

101

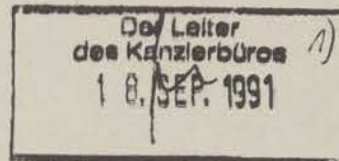
Über

Herrn Chef BK

Herrn Bundeskanzler

7. Sep. 91

K 17/9



Betr.: Ihr Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am Montag, 16. September 1991, im Weißen Haus

Hiermit lege ich Vermerk über Ihr o.a. Gespräch mit Präsident Bush am Montag, 16. September 1991, im Weißen Haus, vor.

Ich gehe davon aus, daß der Vermerk nicht weitergeleitet wird.

Ja

Hartmann

(Dr. Hartmann)

Hartmann

21. 2/9
2. 10/9

AL 2

Bonn, 17. September 1991

92
102

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem amerikanischen
Präsidenten Bush am Montag, 16. September 1991 im Weißen Haus

Präsident Bush heißt den Bundeskanzler herzlich willkommen.

Der Bundeskanzler berichtet kurz über seine Reise nach Kalifornien und seine Begegnung mit dem früheren Präsidenten Reagan. Er sei sehr beeindruckt gewesen von dem, was er an Forschungseinrichtungen in Berkeley gesehen habe. Er sei jetzt mehr denn je davon überzeugt, wie wichtig eine deutsch-amerikanische Akademie der Wissenschaften sei. Er hoffe, nächstes Jahr diese Akademie gemeinsam mit dem Präsidenten eröffnen zu können. Auch in den USA gebe es ein bemerkenswert starkes Interesse an dieser Einrichtung. Es sähe so aus, als ob Derek Bok für das Amt des amerikanischen Ko-Präsidenten gewonnen werden könne. Er habe in Berkeley auch ein weiteres "Center of Excellence" eröffnet. Diese Einrichtungen - weitere "Centers of Excellence" gebe es an der Georgetown-Universität und in Harvard - ließen sich sehr gut an.

Bemerkenswert sei auch das große Interesse an der deutschen Sprache, das er in Berkeley vorgefunden habe. Dort hätten sich für Deutsch vier mal mehr Studenten als bisher eingeschrieben. Er wolle nur bemerken, daß es in der Sowjetunion und in den mittel- und osteuropäischen Ländern ebenfalls ein ausgeprägtes Interesse am Erlernen der deutschen Sprache gebe.

Was die Deutsch-Amerikanische Akademie der Wissenschaften angehe, so werde er dem Präsidenten hierzu noch einmal ausführlich schreiben.

Präsident Bush erklärt sich einverstanden.

Der Bundeskanzler fährt fort, auch Präsident Gardner von Berkeley habe sich entschieden für die Akademie ausgesprochen. Im übrigen sei dies auch für die Deutsch-Amerikaner ein interessantes Projekt.

...

- 2 -

98
103

In Europa werde es jetzt die Entwicklung zur Wirtschafts- und Währungsunion und Politischen Union geben. Dessen ungeachtet blieben wir aber Deutsche, und zwar deutsche Europäer. Die jetzt 80 Millionen Deutschen könnten in Zukunft eine wichtige Rolle in Europa spielen. Für die europäisch-amerikanische Partnerschaft sei wichtig, daß auch die deutsch-amerikanische Partnerschaft gut funktioniere.

Er sei immer davon ausgegangen, daß man in Kalifornien mehr auf Japan und den Pazifik schaue. Zu seiner Überraschung sei er aber auf ein starkes Interesse an Europa gestoßen, wobei dies möglicherweise auch mit zunehmenden antijapanischen Gefühlen zusammenhänge.

Präsident Bush wirft die Frage ein, ob es auch in Deutschland antijapanische Ressentiments gebe.

Der Bundeskanzler verneint dies und erklärt, die Deutschen hätten durchaus das Gefühl, daß sie mit den Japanern mithalten könnten. Es gebe aber antijapanische Ressentiments in Frankreich, aber auch in Großbritannien. In der Tat seien die Japaner für die Europäer noch schwerer zu begreifen als für die Amerikaner in Kalifornien. Zu Recht wiesen unsere Unternehmen immer wieder darauf hin, daß die Japaner sich zwar lautstark gegen Protektionismus aussprächen, aber sich in der Praxis anders verhielten.

Präsident Bush erklärt, dies sei in der Tat auch das amerikanische Problem und der Grund für wachsende antijapanische Gefühle. Demnächst jähre sich der Überfall auf Pearl Harbour und sein Wille sei, alles zu vermeiden, was in diesem Zusammenhang weitere antijapanische Gefühle hervorrufen könne.

Der Bundeskanzler kommt sodann auf die Frage der europäischen Sicherheitspolitik zu sprechen und erklärt, er arbeite seit Monaten mit Francois Mitterrand an der Frage, wie man im Rahmen der Politischen Union dieses Problem lösen könne, wobei selbstverständlich die NATO, die für uns existentiell sei, beibehalten werden müsse. Es handele sich um eine komplizierte Frage und er schlage vor, daß über Einzelheiten zunächst zwischen General Scowcroft und MD Hartmann gesprochen werde.

...

Wir würden bis spätestens 1997/98 die Politische Union verwirklicht haben und es gehe darum, in diesem Zusammenhang auch die Sicherheitsaspekte zu erfassen. Hier gebe es die bekannten französischen Vorbehalte und man müsse sehen, daß die Lage in Frankreich besonders kompliziert sei. Für Frankreich sei die deutsche Einheit gewissermaßen ein "Schlag" gewesen. Frankreich habe jetzt mit 80 Mio. Deutschen zu tun. Die Bundesrepublik Deutschland sei zwar schon früher militärisch im konventionellen Bereich stärker gewesen als Frankreich, aber habe keine Kernwaffen besessen und wolle auch im übrigen keine Kernwaffen besitzen. Dieser Faktor spiele aber eine immer geringere Rolle.

Demgegenüber falle das Ökonomische mehr ins Gewicht. Bezeichnend sei folgende Begebenheit:

In einer Sitzung im Rahmen des deutsch-französischen Gipfels habe die französische Premierministerin Cresson auf die bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Deutschland in den neuen Bundesländern habe, hingewiesen. An diesem Punkt habe Präsident Mitterrand eingegriffen und erklärt, Deutschland habe zwar im Augenblick und möglicherweise noch zwei bis drei Jahre wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bewältigen. Aber danach werde es stärker als bisher sein.

Präsident Bush wirft die Frage ein, ob Frankreich ernsthaft wegen der deutschen Einheit besorgt sei.

Der Bundeskanzler erwidert, dies sei nicht bei Präsident Mitterrand der Fall, aber bei der französischen politischen Klasse, die teilweise noch im 19. Jahrhundert lebe. Man brauche sich nur vor Augen zu halten, daß Frankreich nach wie vor die deutsche Kapitulation von 1918 feiere. Mitterrand sei zwar bereit, diesen Feiertag abzuschaffen, könne dies aber aus innenpolitischen Gründen nicht tun, wobei er allerdings klarstellen wolle, daß die Mehrheit des französischen Volkes, insbesondere die Jungen, über Deutschland völlig unbefangen dächten.

Präsident Bush stellt die Frage, ob PM Cresson deutschfeindlich eingestellt sei.

- 4 -

Nov

105

Der Bundeskanzler erwidert, sie sei nicht deutschfreundlich eingestellt. Dies sei nur bei Präsident Mitterrand selbst der Fall.

Präsident Bush erklärt, hierbei spiele wohl auch das gute persönliche Verhältnis zwischen dem Bundeskanzler und dem Präsidenten eine Rolle.

Der Bundeskanzler bejaht dies und erklärt, erneut auf die europäische Sicherheitspolitik eingehend, Frankreich sei jetzt dabei, sich über die WEU der NATO anzunähern. Frankreich sei bereit, hierbei erstaunlich weit zu gehen. Natürlich wolle es sein Gesicht wahren und es sei daher sehr wichtig, jetzt sorgfältig an dieser Frage in den nächsten Wochen zu arbeiten. Möglicherweise könnten Präsident Bush, Präsident Mitterrand und er sich am Rande des NATO-Gipfels treffen und hierüber zu Dritt sprechen.

Präsident Bush stellt die Frage, ob dies möglich sei, ohne dadurch andere Partner zu verunsichern.

Der Bundeskanzler erklärt, dies sei möglich, wenn man vorsichtig an die Sache herangehe. Zugleich sei es aber wichtig, daß Frankreich selber die Möglichkeit erhalte, die entsprechenden Vorschläge vorzubringen.

Präsident Bush fragt, mit welchem Ergebnis man rechnen könne.

Der Bundeskanzler erwidert, hier gehe es um eine Reihe auch praktischer Fragen, beispielsweise, daß der Ständige Vertreter bei der NATO künftig gleichzeitig der Ständige Vertreter bei der WEU sein werde.

Präsident Bush wirft ein, ob dies bedeute, daß Frankreich sich von der alten gaullistischen Position wegbewege.

Der Bundeskanzler erwidert, in einer gewissen Weise könne man das so sehen. Er wolle noch einmal vorschlagen, daß General Scowcroft und MD Hartmann die Fragen im Detail besprechen. Natürlich müßten auch Außenminister Baker und Verteidigungsminister Cheney unterrichtet werden. Aber er rate davon ab, die Sache in die Administration zu geben. Er werde dies auch auf deutscher Seite nicht tun.

Präsident Bush erklärt sich einverstanden.

...

- 5 -

107

106

Der Bundeskanzler fügt hinzu, es sei äußerst wichtig, daß die Angelegenheit nicht in die Öffentlichkeit gelange.

Präsident Bush stimmt nachdrücklich zu und erklärt, dies gelte auch für die NATO-Bürokratie.

Der Bundeskanzler erklärt sich einverstanden und fügt hinzu, in der Sache stecke auch eine große Chance für die NATO. Es gebe in Washington sicher den einen oder anderen, der die Politische Union skeptisch beurteile. Dies sei nicht gerechtfertigt. Wenn man die Sache richtig anfasse, liege es auch im amerikanischen Interesse, wenn beides vernünftig miteinander verzahnt werde. Von Bedeutung sei ferner, daß diese Entwicklung auch in die Amtszeit des Präsidenten falle. Er, der Bundeskanzler, wolle in der Sache hilfreich sein. Jeder wisse, daß er die europäische Entwicklung aktiv voranbringe, aber er wolle nicht demonstrativ an der Spitze erscheinen. Dies werde die Dinge auch für PM Major erleichtern, dem Frau Thatcher immer noch Schwierigkeiten in der europäischen Politik bereite.

Präsident Bush stellt die Frage, ob dies hauptsächlich für die europäische Politik gelte.

Der Bundeskanzler bejaht dies und verweist auf ein Gespräch zwischen Frau Thatcher und dem österreichischen Bundeskanzler Vranitzky, in dem letztere Österreich vor einem EG-Beitritt gewarnt habe.

Das Gespräch wird beim Mittagessen fortgesetzt.

Der Bundeskanzler erklärt, die Frage der europäischen Sicherheitspolitik sei für Präsident Mitterrand außerordentlich wichtig. Er habe hierüber mit ihm bei einem Treffen im Juni in Bayern ausführlich gesprochen. Nachher habe Mitterrand seinen Mitarbeitern gesagt, dies sei das wichtigste Treffen gewesen, das er jemals mit dem Bundeskanzler gehabt habe.

Man müsse sehen, daß Präsident Mitterrand große innenpolitische Probleme habe. Das nächste Problem, das auf ihn zukomme, betreffe die GATT-Uruguay-Runde.

...

- 6 -

102
107

Präsident Bush wirft ein, es wäre außerordentlich wichtig, wenn der Bundeskanzler hier hilfreich sein könne.

Der Bundeskanzler erklärt, seine Position sei klar. Er vertrete in dieser Frage drei Thesen. Erstens, wir würden auch ohne die GATT-Verhandlungen die Gemeinsame Agrarpolitik ändern müssen, weil wir an eine Grenze gekommen seien. Die Ausgaben für die GASP führten zunehmend auch zu großen Problemen mit den Wählern. Er sei ständig gezwungen, Wünsche bestimmter Gruppen abzulehnen und sehe sich gleichzeitig dem Vorwurf ausgesetzt, daß die Landwirtschaft weiterhin Geld erhalte. Zweitens sei das, was man in der europäischen Landwirtschaftspolitik mache, ökologisch nicht länger vertretbar. Er sei in Berkeley von den dort erzielten Fortschritten in der Genforschung sehr beeindruckt gewesen. Dies habe beispielsweise auch Auswirkungen auf die Weizenproduktion. Durch neue Weizensorten, wie auch durch die Anwendung von Kunstdünger werde ein immer größerer Ertrag erzielt.

Drittens müsse man an die Länder der Dritten Welt denken. Wenn die ihre vorwiegend landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht verkaufen könnten, müßten sie Maschinen etc. mit Hilfe von Krediten kaufen und wir stünden nachher vor dem Problem der Entschuldung.

Präsident Bush wirft ein, in der Tat sei eine Änderung der Politik für diese Länder die beste Lösung.

Der Bundeskanzler erklärt, er werde alles tun, was er könne, um in dieser Sache voranzukommen.

Präsident Bush fragt, was er tun könne, um dazu beizutragen.

Der Bundeskanzler erwidert, er werde den Präsidenten in zwei bis drei Wochen noch einmal anrufen. Er habe mit dem Kommissionspräsidenten Delors ein Gespräch verabredet, um diese Frage Punkt für Punkt durchzugehen. Nach diesem Gespräch werde er auf dem neuesten Stand sein.

Der Bundeskanzler kommt sodann auf Israel und die derzeit in Amerika laut gewordene Kritik an der Haltung des Präsidenten in der Frage eines von der Regierung zu verbürgenden 10-Mrd.-Kredits zu sprechen.

...

- 7 -

103

108

Der Präsident dürfe in dieser Frage nicht zurückweichen. Er habe einen großen Teil der amerikanischen und europäischen öffentlichen Meinung hinter sich. Ein Scheitern der Nahost-Friedenskonferenz wäre katastrophal. Damit wäre der nächste Krieg praktisch vorprogrammiert. Dies würde dann aber ein religiöser Krieg werden. Denn der Fundamentalismus sei weiter im Vormarsch.

Vor wenigen Tagen sei der indische Premierminister bei ihm gewesen, der im übrigen einen vorzüglichen Eindruck gemacht habe. Auf seine Frage nach dem größten Problem Indiens habe er nicht die ökonomischen Schwierigkeiten ins Feld geführt, sondern den Vormarsch des Fundamentalismus. Auch in der Türkei sei dies mit Händen zu greifen.

Präsident Bush erklärt, es gebe natürlich in den Vereinigten Staaten eine sehr starke Lobby für Israel, die versuche, gegen das anzugehen, was er vor wenigen Tagen erklärt habe. Er sei aber in dieser Frage nicht zu einem Kompromiß bereit. Wenn man der Politik von Sharon nachgebe, werde dies den Friedensprozeß ruinieren. Es stünde viel auf dem Spiel. Er sei bereit, die innenpolitische Auseinandersetzung durchzustehen.

Der Bundeskanzler erklärt, er wisse, daß er in dieser Frage als deutscher Bundeskanzler sehr zurückhaltend sein müsse. Man brauche nur das Stichwort Auschwitz zu nennen. Dies entbinde ihn aber nicht von der Pflicht, eine Meinung zu haben und diese auch in geeigneter Form zum Ausdruck zu bringen. Er habe sich persönlich sehr viel Mühe gegeben mit Kontakten zu den jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten. Man könne auch nicht das Leid und den Tod von Millionen Menschen durch Geld wiedergutmachen. Deutschland habe aber immerhin eine Wiedergutmachung von nahezu 100 Mrd. DM an Israel gezahlt. Jetzt habe er herausgefunden, daß Ende 1989 wichtige jüdische Organisationen sich gegenüber der Führungsspitze der DDR nachdrücklich gegen die Wiedervereinigung ausgesprochen hätten. Bronfman habe deswegen einen persönlichen Vertreter zu dem damaligen Außenminister Fischer nach Ost-Berlin entsandt.

Präsident Bush stellt die Frage, was das Motiv hierfür gewesen sei.

General Scowcroft wirft ein, es habe eben Befürchtungen wegen der Stärkung Deutschlands in der internationalen Politik gegeben.

...

- 8 -

109
109

Präsident Bush stellt die Frage, ob es zutreffe, daß Israel von Deutschland 10 Mrd. DM gefordert habe.

Der Bundeskanzler bejaht dies und erklärt, wir stünden derzeit in Verhandlungen, verhielten uns aber sehr zurückhaltend, weil wir auch die Entwicklung in den USA abwarten wollten.

Er erwarte im übrigen, daß in Israel die Vernunft nicht zu-, sondern eher abnehmen werde, was mit dem Zustrom jüdischer Einwanderer aus der Sowjetunion - die Rede sei von 1 Mio. in drei Jahren - zu tun habe. Diese dürften vor allem Shamir wählen und dessen Position stärken. Auch dies sei ein wichtiges Argument für den amerikanischen Zeitplan. Denn damit würden in zwei bis drei Jahren die Dinge noch viel schwieriger. Dann werde die Erinnerung an den Golfkrieg verblaßt sein. Er könne daher den Präsidenten nur ermuntern, in der Sache hart zu bleiben. Wo er die amerikanische Politik unterstützen könne - beispielsweise in der EG - werde er dies tun.

Präsident Bush erklärt, er hoffe, daß man jetzt bald die Details über die Vertretung der Palästinenser auf der Konferenz ausgearbeitet habe. Dann könne man mit den Verhandlungen beginnen. Es gebe also durchaus einen positiven Ansatz. Von israelischer Seite werde das Argument verwandt, er schulde Israel diese Hilfe, weil Israel sich seinerzeit nicht am Golfkrieg beteiligt habe. Dies sei natürlich ein absurdes Argument, denn Israel solle dankbar sein, daß die Dinge anders gelaufen seien. Die jüdische Lobby in den USA wolle dies aber nicht so sehen.

Der Bundeskanzler wiederholt, wenn es in absehbarer Zeit keinen Frieden gebe, werde dies zu immer größeren Schwierigkeiten für gemäßigte Politiker wie Mubarak und König Hussein führen. Mit einem möglichen Nachfolger dieser beiden würde alles schwieriger werden. Dies müsse man auch in Israel sehen.

Präsident Bush erklärt, zum Teil werde dies auch in Israel verstanden. Die Haltung von König Hussein während des Golfkrieges habe in den USA zwar sehr enttäuscht und dieser versuche immer noch die historische Wahrheit zu verbiegen. Aber die USA hätten natürlich großes Interesse, ihn am Verhandlungstisch zu haben. Ein Erfolg der Nahost-Friedenskonferenz sei wichtig für die ganze Welt.

...

- 9 -

105
110

Präsident Bush fragt noch einmal nach der Lage des französischen Präsidenten Mitterrand.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß der französische Präsident eine starke verfassungsmäßige Stellung habe. Mitterrand sehe sich praktisch in der Nachfolge de Gaulles. In Frankreich habe sich aber die Umwelt verändert und die Gewichte hätten sich verschoben. Dies werde beispielsweise an einem Fall wie Polen deutlich. Von Mazowiecki habe er erfahren, daß er die These vertreten habe, Polen solle enge Bindungen zu Frankreich pflegen und Deutschland umgehen - in der Art eines Ping-Pong-Balles, der zwischen Warschau und Paris gespielt werde. Der jetzige Premierminister Bielecki habe diese Politik ausdrücklich als falsch erklärt und seine Bereitschaft deutlich gemacht, mit Deutschland zusammen nach Europa zu gehen. Polen wolle eines Tages Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden und Frankreich verhalte sich in dieser Frage sehr zurückhaltend. Das gleiche gelte übrigens auch für den entsprechenden Wunsch der CSFR und Ungarn.

Mitterrand wolle im übrigen versuchen, seinen Nachfolger zu bestimmen. Dies werde aber nicht funktionieren. Der Nachfolger werde wahrscheinlich Rocard sein und Mitterrand werde dies nicht verhindern können. Sein Kandidat sei der Parlamentspräsident Fabius.

Das Gespräch wird im größeren Kreis fortgesetzt (s. hierzu Bericht von Botschafter Ruhfus).

Präsident Bush erkundigt sich nach der Haltung der SPD gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, der amerikanischen Präsenz in Europa sowie gegenüber der NATO.

Der Bundeskanzler gibt hierzu eine kurze Erläuterung.

Präsident Bush teilt (nach einem Telefongespräch mit Außenminister Baker) mit, daß Baker soeben drei Stunden mit den Israelis verhandelt habe und daß die Israelis in der Kreditfrage einen Kompromißvorschlag gemacht hätten. Er kenne diesen aber nicht genau, habe aber klargestellt, daß dieser Punkt nicht verhandelt werden könne.

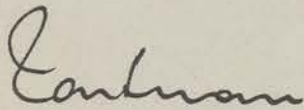
...

- 10 -

Er hoffe nach wie vor, daß man bei der Friedenskonferenz vorankomme. —
Immerhin hätten die Israelis nicht damit gedroht, wegen der Kontroverse
über den amerikanischen Kredit die weiteren Gespräche über die
Friedenskonferenz platzen zu lassen.

Der Bundeskanzler erklärt, dies sei in der Tat wichtig, und er glaube,
daß sich die Israelis hinsichtlich der amerikanischen Wähler täuschten,
wenn sie versuchten, den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika
zu erpressen. Dies berühre die Ehre der Vereinigten Staaten.

Präsident Bush erklärt, es gehe hier allerdings auch darum, daß die
jüdische Lobby in den Vereinigten Staaten über viel Geld verfüge und
damit erfolgreich Politik betreibe.



(Dr. Hartmann)

106

111

AL 2

Bonn. 17. September 1991

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am Montag. 16. September 1991 im Weißen Haus[\[1\]](#)

Präsident Bush heißt den Bundeskanzler herzlich willkommen.

Der Bundeskanzler berichtet kurz über seine Reise nach Kalifornien und seine Begegnung mit dem früheren Präsidenten Reagan. Er sei sehr beeindruckt gewesen von dem, was er an Forschungseinrichtungen in Berkeley gesehen habe. Er sei jetzt mehr denn je davon überzeugt, wie wichtig eine deutsch-amerikanische Akademie der Wissenschaften sei. Er hoffe, nächstes Jahr diese Akademie gemeinsam mit dem Präsidenten eröffnen zu können. Auch in den USA gebe es ein bemerkenswert starkes Interesse an dieser Einrichtung. Es sähe so aus, als ob Derek Bok für das Amt des amerikanischen Ko-Präsidenten gewonnen werden könne. Er habe in Berkeley auch ein weiteres "Center of Excellence" eröffnet. Diese Einrichtungen - weitere "Centers of Excellence" gebe es an der Georgetown-Universität und in Harvard - ließen sich sehr gut an.

Bemerkenswert sei auch das große Interesse an der deutschen Sprache, das er in Berkeley vorgefunden habe. Dort hätten sich für Deutsch viermal mehr Studenten als bisher eingeschrieben. Er wolle nur bemerken, daß es in der Sowjetunion und in den mittel- und osteuropäischen Ländern ebenfalls ein ausgeprägtes Interesse am Erlernen der deutschen Sprache gebe.

Was die Deutsch-Amerikanische Akademie der Wissenschaften angehe, so werde er dem Präsidenten hierzu noch einmal ausführlich schreiben.

Präsident Bush erklärt sich einverstanden.

Der Bundeskanzler fährt fort, auch Präsident Gardner von Berkeley habe sich entschieden für die Akademie ausgesprochen. Im übrigen sei dies auch für die Deutsch-Amerikaner ein interessantes Projekt.

In Europa werde es jetzt die Entwicklung zur Wirtschafts- und Währungsunion und Politischen Union geben. Dessen ungeachtet blieben wir aber Deutsche, und zwar deutsche Europäer. Die jetzt 80 Millionen Deutschen könnten in Zukunft eine wichtige Rolle in Europa spielen. Für die europäisch-amerikanische Partnerschaft sei wichtig, daß auch die deutsch-amerikanische Partnerschaft gut funktioniere.

Er sei immer davon ausgegangen, daß man in Kalifornien mehr auf Japan und den Pazifik schaue. Zu seiner Überraschung sei er aber auf ein starkes Interesse an Europa gestoßen, wobei dies möglicherweise auch mit zunehmenden antijapanischen Gefühlen zusammenhänge.

Präsident Bush wirft die Frage ein, ob es auch in Deutschland antijapanische Ressentiments gebe.

Der Bundeskanzler verneint dies und erklärt, die Deutschen hätten durchaus das Gefühl, daß sie mit den Japanern mithalten könnten. Es gebe aber antijapanische Ressentiments in Frankreich, aber auch in Großbritannien. In der Tat seien die Japaner für die Europäer noch schwerer zu begreifen als für die Amerikaner in Kalifornien. Zu Recht wiesen unsere Unternehmen immer wieder darauf hin, daß die Japaner sich zwar lautstark gegen Protektionismus aussprächen, aber sich in der Praxis anders verhielten.

Präsident Bush erklärt, dies sei in der Tat auch das amerikanische Problem und der Grund für wachsende antijapanische Gefühle. Demnächst jähre sich der Überfall auf Pearl Harbour und sein Wille sei, alles zu vermeiden, was in diesem Zusammenhang weitere antijapanische Gefühle hervorrufen könne.

Der Bundeskanzler kommt sodann auf die Frage der europäischen Sicherheitspolitik zu sprechen und erklärt, er arbeite seit Monaten mit Francois Mitterrand an der Frage, wie man im Rahmen der Politischen Union dieses Problem lösen könne, wobei selbstverständlich die NATO, die für uns existentiell sei, beibehalten werden müsse. Es handele sich um eine komplizierte Frage und er schlage vor, daß über Einzelheiten zunächst zwischen General Scowcroft und MD Hartmann gesprochen werde.

Wir würden bis spätestens 1997/98 die Politische Union verwirklicht haben und es gehe darum, in diesem Zusammenhang auch die Sicherheitsaspekte zu erfassen. Hier

gebe es die bekannten französischen Vorbehalte und man müsse sehen, daß die Lage in Frankreich besonders kompliziert sei. Für Frankreich sei die deutsche Einheit gewissermaßen ein "Schlag" gewesen. Frankreich habe jetzt mit 80 Mio. Deutschen zu tun. Die Bundesrepublik Deutschland sei zwar schon früher militärisch im konventionellen Bereich stärker gewesen als Frankreich, aber habe keine Kernwaffen besessen und wolle auch im übrigen keine Kernwaffen besitzen. Dieser Faktor spiele aber eine immer geringere Rolle.

Demgegenüber falle das Ökonomische mehr ins Gewicht. Bezeichnend sei folgend Begebenheit.

In einer Sitzung im Rahmen des deutsch-französischen Gipfels habe die französische Premierministerin Cresson auf die bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Deutschland in den neuen Bundesländern habe, hingewiesen. An diesem Punkt habe Präsident Mitterrand eingegriffen und erklärt, Deutschland habe zwar im Augenblick und möglicherweise noch zwei bis drei Jahre wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bewältigen. Aber danach werde es stärker als bisher sein.

Präsident Bush wirft die Frage ein, ob Frankreich ernsthaft wegen der deutschen Einheit besorgt sei.

Der Bundeskanzler erwidert, dies sei nicht bei Präsident Mitterrand der Fall, aber bei der französischen politischen Klasse, die teilweise noch im 19. Jahrhundert lebe. Man brauche sich nur vor Augen zu halten, daß Frankreich nach wie vor die deutsche Kapitulation von 1918 feiere. Mitterrand sei zwar bereit, diesen Feiertag abzuschaffen, könne dies aber aus innenpolitischen Gründen nicht tun, wobei er allerdings klarstellen wolle, daß die Mehrheit des französischen Volkes, insbesondere die Jungen, über Deutschland völlig unbefangen dächten.

Präsident Bush stellt die Frage, ob PM Cresson deutschfeindlich eingestellt sei.

Der Bundeskanzler erwidert, sie sei nicht deutschfreundlich eingestellt. Dies sei nur bei Präsident Mitterrand selbst der Fall.

Präsident Bush erklärt, hierbei spiele wohl auch das gute persönliche Verhältnis zwischen dem Bundeskanzler und dem Präsidenten eine Rolle.

Der Bundeskanzler bejaht dies und erklärt, erneut auf die europäische Sicherheitspolitik eingehend, Frankreich sei jetzt dabei, sich über die WEU der NATO anzunähern. Frankreich sei bereit, hierbei erstaunlich weit zu gehen. Natürlich wolle es sein Gesicht wahren und es sei daher sehr wichtig jetzt sorgfältig an dieser Frage in den nächsten Wochen zu arbeiten. Möglicherweise könnten Präsident Bush, Präsident Mitterrand und er sich am Rande des NATO-Gipfels treffen und hierüber zu Dritt sprechen.

Präsident Bush stellt die Frage, ob dies möglich sei, ohne dadurch andere Partner zu verunsichern.

Der Bundeskanzler erklärt, dies sei möglich, wenn man vorsichtig an die Sache herangehe. Zugleich sei es aber wichtig, daß Frankreich selber die Möglichkeit erhalte, die entsprechenden Vorschläge vorzubringen.

Präsident Bush fragt, mit welchem Ergebnis man rechnen könne.

Der Bundeskanzler erwidert, hier gehe es um eine Reihe auch praktischer Fragen, beispielsweise, daß der Ständige Vertreter bei der NATO künftig gleichzeitig der Ständige Vertreter bei der WEU sein werde.

Präsident Bush wirft ein, ob dies bedeute, daß Frankreich sich von der alten gaullistischen Position wegbewege.

Der Bundeskanzler erwidert, in einer gewissen Weise könne man das so. Er wolle noch einmal vorschlagen, daß General Scowcroft und MD Hartmann die Fragen im Detail besprechen. Natürlich müßten auch Außenminister Baker und Verteidigungsminister Cheney unterrichtet werden. Er rate davon ab, die Sache in die Administration zu geben. Er werde dies auch auf deutscher Seite nicht tun.

Präsident Bush erklärt sich einverstanden.

Der Bundeskanzler fügt hinzu, es sei äußerst wichtig, daß die Angelegenheit nicht die Öffentlichkeit gelange.

Präsident Bush stimmt nachdrücklich zu und erklärt, dies gelte auch für die NATO-Bürokratie.

Der Bundeskanzler erklärt sich einverstanden und fügt hinzu, in der Sache stecke auch eine große Chance für die NATO. Es gebe in Washington sicher den einen oder anderen, der die Politische Union skeptisch beurteile. Dies sei nicht gerechtfertigt. Wenn man die Sache richtig anfasse, liege es auch im amerikanischen Interesse, wenn beides vernünftig miteinander verzahnt werde.

Von Bedeutung sei ferner, daß diese Entwicklung auf in die Amtszeit des Präsidenten falle. Er, der Bundeskanzler, wolle in der Sache hilfreich sein. Jeder wisse, daß er die europäische Entwicklung

aktiv voranbringe, aber er wolle nicht demonstrativ an der Spitze erscheinen. Dies werde die Dinge auch für PM Major erleichtern, dem Frau Thatcher immer noch Schwierigkeiten in der europäischen Politik bereite.

Präsident Bush stellt die Frage, ob dies hauptsächlich für die europäische Politik gelte.

Der Bundeskanzler bejaht dies und verweist auf ein Gespräch zwischen Frau Thatcher und dem österreichischen Kanzler Vranitzky, in dem letztere Österreich vor dem EG-Beitritt gewarnt habe.

Das Gespräch wird beim Mittagessen fortgesetzt.

Der Bundeskanzler erklärt, die Frage der europäischen Sicherheitspolitik sei für Präsident Mitterrand außerordentlich wichtig. Er habe hierüber mit ihm bei einem Treffen im Juni in Bayern ausführlich gesprochen. Nachher habe Mitterrand seinen Mitarbeitern gesagt, dies sei das wichtigste Treffen gewesen, das er jemals mit dem Bundeskanzler gehabt habe.

Man müsse sehen, daß Präsident Mitterrand große innenpolitische Probleme habe. Das nächste Problem, das auf ihn zukomme, betreffe die GATT-Uruguay-Runde.

Präsident Bush wirft ein, es wäre außerordentlich wichtig, wenn der Bundeskanzler hier hilfreich sein könne.

Der Bundeskanzler erklärt, seine Position sei klar. Er vertrete in dieser Frage drei Thesen. Erstens, wir werden auch ohne die GATT-Verhandlungen die Gemeinsame Agrarpolitik ändern müssen, weil wir an eine Grenze gekommen seien. Die Ausgaben für die GASP führten zunehmend auch zu großen Problemen mit den Wählern. Er sei ständig gezwungen, Wünsche bestimmter Gruppen abzulehnen und sehe sich gleichzeitig dem Vorwurf ausgesetzt, daß die Landwirtschaft weiterhin Geld erhalte. Zweitens sei das, was man in der europäischen Landwirtschaftspolitik mache, ökologisch nicht länger vertretbar. Er sei in Berkeley von den dort erzielten Fortschritten in der Genforschung sehr beeindruckt gewesen. Dies habe beispielsweise auch Auswirkungen auf die Weizenproduktion. Durch neue Weizensorten, wie auch durch die Anwendung von Kunstdünger werde ein immer größerer Ertrag erzielt.

Drittens müsse man an die Länder der Dritten Welt denken. Wenn die ihre vorwiegend landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht verkaufen könnten, müßten sie Maschinen etc. mit Hilfe von Krediten kaufen und wir stünden nachher vor dem Problem der Entschuldung.

Präsident Bush wirft ein, in der Tat sei eine Änderung der Politik für diese Länder die beste Lösung.

Der Bundeskanzler erklärt, er werde alles tun, was er könne, um in dieser Sache voranzukommen.

Präsident Bush fragt, was er tun könne, um dazu beizutragen,

Der Bundeskanzler erwidert, er werde den Präsidenten in zwei bis drei Wochen noch einmal anrufen. Er habe mit dem Kommissionspräsidenten Delors ein Gespräch verabredet, um diese Frage Punkt für Punkt durchzugehen. Nach diesem Gespräch werde er auf dem neuesten Stand sein.

Der Bundeskanzler kommt sodann auf Israel und die derzeit in Amerika laut gewordene Kritik an der Haltung des Präsidenten in der Frage eines von der Regierung zu verbürgenden 10-Mrd.-Kredits zu sprechen.

Der Präsident dürfe in dieser Frage nicht zurückweichen. Er habe einen großen Teil der amerikanischen und europäischen öffentlichen Meinung hinter sich. Ein Scheitern der Nahost-Friedenskonferenz wäre katastrophal. Damit wäre der nächste Krieg

praktisch vorprogrammiert. Dies werde dann aber ein religiöser Krieg werden. Denn der Fundamentalismus sei weiter im Vormarsch.

Vor wenigen Tagen sei der indische Premierminister bei ihm gewesen, der im übrigen einen vorzüglichen Eindruck gemacht habe. Auf seine Frage nach dem größten Problem Indiens habe er nicht die ökonomischen Schwierigkeiten ins Feld geführt, sondern den Vormarsch des Fundamentalismus. Auch in der Türkei sei dies mit Händen zu greifen.

Präsident Bush erklärt, es gebe natürlich in den Vereinigten Staaten eine sehr starke Lobby für Israel, die versuche, gegen das anzugehen, was er vor wenigen Tagen erklärt habe. Er sei aber in dieser Frage nicht zu einem Kompromiß bereit. Wenn man der Politik von Sharon nachgebe, werde dies den Friedensprozeß ruinieren. Es stünde viel auf dem Spiel. Er sei bereit, die innenpolitische Auseinandersetzung durchzustehen.

Der Bundeskanzler erklärt, er wisse, daß er in dieser Frage als deutscher Bundeskanzler sehr zurückhaltend sein müsse. Man brauche nur das Stichwort Auschwitz zu nennen. Dies entbinde ihn aber nicht von der Pflicht, eine Meinung zu haben und diese auch in geeigneter Form zum Ausdruck zu bringen. Er habe sich persönlich sehr viel Mühe gegeben mit Kontakten zu den jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten. Man könne auch nicht das Leid und den Tod von Millionen Menschen durch Geld wiedergutmachen. Deutschland habe aber immerhin eine Wiedergutmachung von nahezu 100 Mrd. DM an Israel gezahlt. Jetzt habe er herausgefunden, daß Ende 1989 wichtige jüdische Organisationen sich gegenüber der Führungsspitze der DDR nachdrücklich gegen die Wiedervereinigung ausgesprochen hatten. Bronfman habe deswegen einen persönlichen Vertreter zu dem damaligen Außenminister Fischer nach Ost-Berlin entsandt.

Präsident Bush stellt die Frage, was das Motiv hierfür gewesen sei.

General Scowcroft wirft ein, es habe eben Befürchtungen wegen der Stärkung Deutschlands in der internationalen Politik gegeben.

Präsident Bush stellt die Frage, ob es zutreffe, daß Israel von Deutschland 10 Mrd. DM gefordert habe.

Der Bundeskanzler bejaht dies und erklärt, wir stünden derzeit in Verhandlungen, verhielten uns aber sehr zurückhaltend, weil wir auch die Entwicklung in den USA abwarten wollten.

Er erwarte im übrigen, daß in Israel die Vernunft nicht zu-, sondern eher abnehmen werde, was mit dem Zustrom jüdischer Einwanderer aus der Sowjetunion - die Rede sei von 1 Mio. in drei Jahren - zu tun habe. Diese dürften vor allem Shamir wählen und dessen Position stärken. Auch dies sei ein wichtiges Argument für den amerikanischen Zeitplan. Denn damit würden in zwei bis drei Jahren die Dinge noch viel schwieriger. Dann werde die Erinnerung an den Golfkrieg verblaßt sein. Er könne daher den Präsidenten nur ermuntern, in der Sache hart zu bleiben. Wo er die amerikanische Politik unterstützen könne - beispielsweise in der EG - werde er dies tun.

Präsident Bush erklärt, er hoffe, daß man jetzt bald die Details über die Vertretung der Palästinenser auf der Konferenz ausgearbeitet habe. Dann könne man mit den Verhandlungen beginnen. Es gebe also durchaus einen positiven Ansatz. Von israelischer Seite werde das Argument verwandt, er schulde Israel diese Hilfe, weil Israel sich seinerzeit nicht am Golfkrieg beteiligt habe. Dies sei natürlich ein absurdes Argument, denn Israel solle dankbar sein, daß die Dinge anders gelaufen seien. Die jüdische Lobby in den USA wolle dies aber nicht so sehen.

Der Bundeskanzler wiederholt, wenn es in absehbarer Zeit keinen Frieden gebe, werde dies zu immer größeren Schwierigkeiten für gemäßigte Politiker wie Mubarak und König Hussein führen. Mit einem möglichen Nachfolger dieser beiden würde alles schwieriger werden. Dies müsse man auch in Israel sehen.

Präsident Bush erklärt, zum Tell werde dies auch in Israel verstanden. Die Haltung von König Hussein während des Golfkrieges habe in den USA zwar sehr enttäuscht und dieser versuche immer noch die historische Wahrheit zu verbiegen. Aber die USA hatten natürlich großes Interesse, ihn am Verhandlungstisch zu haben. Ein Erfolg der Nahost-Friedenskonferenz sei wichtig für die ganze Welt.

Präsident Bush fragt noch einmal nach der Lage des französischen Präsidenten Mitterrand.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, tat der französische Präsident eine starke verfassungsmäßige Stellung habe. Mitterrand sehe sich praktisch in der Nachfolge de Gaulles. In Frankreich habe sich aber die Umwelt verändert und die Gewichte hätten sich verschoben. Dies werde beispielsweise an einem Fall wie Polen deutlich. Von Mazowiecki habe er erfahren, daß er die These vertreten habe, Polen solle enge Bindungen zu Frankreich pflegen and Deutschland umgehen - in der Art eines Ping-Pong-Balles, der zwischen Warschau and Paris gespielt werde. Der jetzige Premierminister Bielecki habe diese Politik ausdrücklich als falsch erklärt und seine Bereitschaft deutlich gemacht, mit Deutschland zusammen nach Europa zu gehen. Polen wolle eines Tages Mitglied der Gemeinschaft werden and Frankreich verhalte sich in dieser Frage sehr zurückhaltend. Das gleiche gelte übrigens auch für den entsprechenden Wunsch der CSFR and Ungarn.

Mitterrand wolle im übrigen versuchen, seinen Nachfolger zu bestimmen. Dies werde aber nicht funktionieren. Der Nachfolger werde wahrscheinlich Rocard sein und Mitterrand werde dies nicht verhindern können. Sein Kandidat sei der Parlamentspräsident Fabius.

Das Gespräch wird im größeren Kreis fortgesetzt (s. hierzu Bericht von Botschafter Ruhfus).

Präsident Bush erkundigt sich nach der Haltung der SPD gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, der amerikanischen Präsenz in Europa sowie gegenüber der NATO.

Der Bundeskanzler gibt hierzu gerne kurze Erläuterung.

Präsident Bush teilt (nach einem Telefongespräch mit Außenminister Baker) mit, daß Baker soeben drei Stunden mit den Israelis verhandelt habe and daß die Israelis in der Kreditfrage einen Kompromißvorschlag gemacht hätten. Er kenne diesen aber nicht genau, habe aber klargestellt, da dieser Punkt nicht verhandelt werden könne. Er hoffe nach wie vor, daß man bei der Friedenskonferenz vorankomme. Immerhin hätten die Israelis nicht damit gedroht, wegen der Kontroverse über den amerikanischen Kredit die weiteren Gespräche über die Friedenskonferenz platzen zu lassen.

Der Bundeskanzler erklärt, dies sei in der Tat wichtig, and er glaube, daß sich die Israelis hinsichtlich der amerikanischen Wähler täuschten, wenn sie versuchten, den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu erpressen. Dies berühre die Ehre der Vereinigten Staaten.

Präsident Bush erklärt, es gehe hier allerdings auch darum, daß die jüdische Lobby in den Vereinigten Staaten über viel Geld verfüge und damit erfolgreich Politik betreibe.

(Dr. Hartmann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59746, 102-111.

[Editor's note: This document was also published, in the German original, in Andreas Wirsching, Hélène Miard-Delacroix, and Gregor Schöllgen, eds., *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1991* (Berlin; Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2022), <https://doi.org/10.1515/9783110762204>.]

Head of Department 2
Bonn, 17 September 1991

M e m o r a n d u m

Subject: The Chancellor's Meeting with U.S. President Bush on Monday, 16 September 1991, at the White House^[1]

President Bush cordially greets the Chancellor.

The Chancellor gives a brief report on his visit in California and his meeting with former President Reagan. He was deeply impressed by the research facilities in Berkeley. He was now, more than ever, convinced that we needed a German-American Academy of Science. He hoped that he and the President could launch it the following year. There was also strong interest in the U.S. in terms of such a facility. It seemed like we could get Derek Bok for the position as U.S. co-president. He had inaugurated another "Center of Excellence" in Berkeley. These centers – also the "Centers of Excellence" at Georgetown University and Harvard University – began very well.

In Berkeley, there was a remarkable interest in the German language. Compared to previous years, four times as many students had enrolled in German-language classes. He wanted to point out that there was also a pronounced interest in German in the Soviet Union and the countries of Central and Eastern Europe. In terms of the German-American Academy of Sciences, he was planning to write to the President in more detail

President Bush agrees.

The Chancellor says that, by the way, President Grander of Berkeley had also strongly advocated for the establishment of the Academy. Apart from this, it was an interesting project for German Americans.

Europe would witness the emergence of the economic and monetary union, and the political union. Nevertheless, we would remain Germans, namely German Europeans. In the future, the now 80 million Germans could play an important role in Europe. In terms of Europe's partnership with America, it was important that the German-American partnership also function well. His assumption had always been that Californians looked more intensely toward Japan and the Pacific. He was surprised to meet a strong interest in Europe, albeit that this could be, in part, a consequence of anti-Japanese sentiments.

President Bush raises the question of whether there were also anti-Japanese resentments in Germany.

The Chancellor negates this, explaining that the Germans felt they could keep up with the Japanese. However, there were anti-Japanese resentments in France and in Great Britain as well. Indeed, compared to the Californians, the Europeans were even more so struggling in trying to understand the Japanese. Our entrepreneurs were right in pointing out that the Japanese were protesting protectionism, but behaved differently in practice.

President Bush says that this was, indeed, America's problem and one of the reasons for increasing anti-Japanese feelings. We would soon have the anniversary of the attack on Pearl Harbor, and he wanted to do everything to prevent a further rise of anti-Japanese sentiments.

The Chancellor then raises the issue of European security policy, explaining that he had been working for months with Francois Mitterrand, thinking about a solution within the political union while one would – at the same time, of course – maintain NATO, which was essential for our security. This was a complicated question and his suggestion was to discuss details between Scowcroft and Ministerial Director

Hartmann.

We would have implemented the political union by 1997/98, and it was also important for us to cover the security aspects in this context. We faced the well-known French bias and we had to take into account the complexities of the French situation. Germany's unity had been "a hit" for France, to some extent. France was now facing 80 million Germans. In terms of conventional weapons, the Federal Republic had always been stronger than France, albeit that it had not possessed nuclear weapons and did not want to possess them either. However, this factor was playing a decreasingly relevant role. In contrast, economic factors had more weight. The following incident was quite telling:

In a session of the Franco-German summit, French Prime Minister Cresson had referred to Germany's economic problems in the new Eastern provinces in the wake of unification. At this point, President Mitterrand had interjected, arguing that Germany had to its master economic problems now and within the next two or three years. Afterward, however, it would be stronger than it used to be.

President Bush queries whether France was earnestly concerned about Germany's unity.

The Chancellor says that this was not true for President Mitterrand, but certainly for France's political class that was partly still living in the nineteenth century. One had to bear in mind that France still celebrated the day of Germany's surrender in 1918. Although Mitterrand was ready to abolish this national holiday, he could not do it for domestic, political reasons. At the same time, he wanted to underline the fact that the majority of the French held an unbiased attitude towards Germany, particularly young people.

President Bush inquires whether Prime Minister Cresson was anti-German.

The Chancellor replies that she was not pro-German. This was only the case with President Mitterrand himself.

President Bush explains that the Chancellor's good personal relationship with Mitterrand certainly played a role.

The Chancellor affirms this and says that, with regards to European security policy, France was not willing to draw closer to NATO via the WEU. France was ready to go surprisingly far in this respect. Of course, it wanted to save face. Thus, it was important to work on this issue carefully over the next couple of weeks. There was perhaps a chance for President Bush, Mitterrand, and himself to discuss the issue in a trio on the periphery of the NATO summit in November.

President Bush queries whether this was possible without unsettling other partners.

The Chancellor explains that it was possible if one approached the issue with care. At the same time, it was important for France, itself, to bring up relevant proposals.

President Bush asks about the results one could envisage.

The Chancellor replies that this was about a variety of practical questions, for instance about the issue of whether France's Ambassador at NATO could be its permanent WEU representative.

President Bush interjects as to whether this implied that France was turning away from old Gaullist positions.

The Chancellor says he could see it this way, in a certain sense. He wanted to repeat this proposition for General Scowcroft and Ministerial Director Hartmann to elaborate on these questions in detail. Secretary of State Baker and Secretary of Defense Cheney ought to be informed as well, of course. His advice was not to let the bureaucracy work on this issue. He would not do this on the German side either.

President Bush agrees.

The Chancellor adds it was utterly important not to discuss this in public.

President Bush affirms this, saying that this also applied to NATO's bureaucracy.

The Chancellor agrees and says this was also an enormous opportunity for NATO. There were people in Washington who viewed the political union with skepticism. This was not justified. If one treated the issue in the right way, it was in the interest of the U.S. to interlock both questions in a sensible manner.

Furthermore, it was important that all of this occurred during President Bush's tenure.

He, the Chancellor, wanted to be helpful with regards to this question. Everybody knew that he was actively pushing Europe's development, but he did not want to take the lead ostentatiously. This would make things easier for Prime Minister Major, who was still confronted with problems in the field of European policy – caused by Mrs. Thatcher.

President Bush queries whether this applied primarily to European politics.

The Chancellor affirms this and points to a meeting between Mrs. Thatcher and Austrian Chancellor Vranitzky when the former had warned the Austrians against their EC accession.

The conversation was continued over lunch.

The Chancellor explains that the question of European security policy was extraordinarily important for President Mitterrand. He had discussed this with him during a meeting in Bavaria in June. Thereafter, Mitterrand had told his staffers that this had been the most important meeting that he had ever had with the Chancellor. One had to take into account that President Mitterrand had enormous domestic problems. The next challenge for him was the next GATT-Uruguay Round.

President Bush inserts that it would be extraordinarily important if the Chancellor could help here.

The chancellor says that his position was clear. He supported three theses. First, we would be forced to change our common agricultural policy even without the GATT negotiations because we had reached the limit. Expenditures for Common Foreign and Security Policy led to increasing problems with voters. He was permanently forced to reject requests from various groups and was, at the same time, confronted with the accusation that agriculture still received money.

Second, our European agricultural policy was no longer ecologically justifiable. He was very impressed by the progress reached in Berkeley in terms of genetic research. This had, for instance, effects for our wheat production. We could achieve higher yields through the use of new wheat cultivars and the application of fertilizers.

Third, we had to keep the Third World countries in mind. If they could not sell their prevailing agricultural products, they would be forced to buy machinery by using credits, and we were then confronted with the problem of debt reduction.

President Bush inserts that a change in policy was the best solution for these countries.

The Chancellor argues that he would do everything he could to reach progress in this matter.

President Bush ask what he could do to contribute.

The Chancellor replies that he one would call the President again in two or three weeks. He had arranged a meeting with Commission President Delors to elaborate on these questions, point by point. He would be up-to-date after this meeting.

The Chancellor then mentions Israel and the recently raised criticism in America pertaining to the President's position towards Israel's request for a 10 billion-dollar loan.

The President must not retreat on this question. A large part of America's and Europe's public opinion was behind him. A failure of the Middle East Peace Conference would be catastrophic. This would predestine the next war, which would be a religious war. Fundamentalism was gaining further ground.

A couple of days ago, India's Prime Minister had visited him – he had left an excellent impression, by the way. Upon his question about India's largest challenge, he did not mention its economic problems but rather the rise of fundamentalism. This could be grasped with one's bare hands in Turkey as well.

President Bush says there was a very strong lobby for Israel in the United States, which was trying to counter the things he had said a few days prior. He was not ready for a compromise on this question. If one succumbed to the policy of Sharon, it would ruin the peace process. There was much at stake. He was determined to get through the domestic confrontation.

The Chancellor explains that he had to be very restrained in his capacity as the German Chancellor. One just had to mention the keyword Auschwitz. But this did not

absolve him from the obligation to have his opinion and to express in a suitable way. Personally, he took great care in establishing contacts with Jewish organizations in the United States. One could not just use money to compensate the suffering and the deaths of millions of people. However, Germany had paid almost 100 billion DM to Israel. Meanwhile, he had discovered that important Jewish organizations had expressed their opposition against unification in contacts with the GDR's leadership. Thus, Bronfman had sent a personal emissary for talks with GDR Foreign Minister Fischer back at the time.

President Bush queries about the motives.

General Scowcroft inserts that there were worries about Germany's increasing strength in international affairs.

President Bush asks whether it was true that Israel had demanded 10 billion DM from Germany.

The Chancellor affirms this and says that we were in negotiations but were very restrained, also to await developments in the United States. His estimate was that rationality in Israel would decrease rather than increase, which was related to the large wave of refugees from the Soviet Union –amounting to about 1 million in three years. They presumably elected Shamir, strengthening his position. This was also an important argument for the U.S. schedule. Things would be far more difficult in two or three years. The memory of the Gulf war will have faded. Thus, he could only encourage the President to remain intransigent. He would support American policies in all possible fields – for instance, within the EC.

President Bush says that he hoped that one would finish the details of the Palestinian representation at the conference very soon. One could then start with the negotiations. There was quite a positive approach. The Israeli side used the argument that he owed Israel this kind of help as Israel had not participated in the Gulf War at the time. It goes without saying that this was an absurd argument. Israel should be grateful that things turned out differently, but the Jewish lobby in the United States did not want to see things this way.

The Chancellor repeats that there would be more and more problems for moderate politicians such as Mubarak and King Hussein if there was no peace in the foreseeable future. Everything would be more difficult with the potential successors of those two. One had to take this into account, in Israel as well.

President Bush says Israel had also understood this, in part. King Hussein's position in the Gulf war had been disappointing and he still tried to bend history's truth out of shape. But the United States had a great interest to involve in negotiations. A success for the Middle East Peace Conference was important for the entire world.

President Bush queries again about President Mitterrand's position.

The Chancellor points to the French President's strong constitutional position. Mitterrand envisaged himself in the tradition of de Gaulle. However, the context has changed, and the emphasis has shifted in France. This became obvious in a case of Poland, for instance. Mazowiecki had told him that he had taken the position that Poland ought to establish close relations with France, bypassing Germany like a ping-pong ball that was played between Paris and Warsaw. Prime Minister Bielecki had explicitly called such an approach a mistake, emphasizing that he wanted to have Germany at his side on the way toward a united Europe. Poland wanted to be a member in the European Community in the future, and France viewed this with great reluctance. This same was true for the requests from the CSFR and Hungary.

Apart from that, Mitterrand tried to determine his successor, but this would, presumably, not work. Rocard would most likely be his successor, and Mitterrand would not be able to prevent it. His candidate was Fabius, the parliament's president.

The conversation is resumed in a larger round (see report by Ambassador Ruhfus).

President Bush queries about the SPD's position toward the United States and the American presence in Europe and NATO.

The Chancellor provides brief comments.

President Bush says that (after a brief phone call with Secretary of State Baker) Baker had just talked for three hours with the Israelis: They had tabled a compromise

proposal with regards to the credit question. He did not know it in detail yet, but had said that it could not be negotiated away.

His hope was still that there could be progress in the peace conference. The Israeli's had still threatened to blow up the peace conference due to the controversy over the American credit.

The Chancellor says that this was, indeed, important and he thought that the Israelis were wrong about American voters if they tried to blackmail the President of the United States. This concerned the honor of the United States.

President Bush says that this was also about the Jewish lobby in the United States. It had plenty of money and used it to pursue successful policies.

(Dr. Hartmann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59746, 102-111.